

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868**

29.2.1868 (No. 51)

# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 29. Februar.

N. 51.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf den Monat März der Karlsruher Zeitung.

## Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 21. Februar d. J. allergnädigst bewegen gelassen, dem Divisionschef im Comptoir d'Escompte zu Paris, Julius Weissenburger, die unterthänigst nachgesuchte Erlaubnis zu erteilen, das ihm von Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich verliehene Ritterkreuz des Franz-Josef-Ordens annehmen und tragen zu dürfen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Deutschland.

München, 20. Febr. Aus dem Wahlkreis Rothenburg sind Nachrichten hieher gelangt, daß, nachdem der auch dort mit großer Mehrheit ernannte Grämer-Doos für Nürnberg sich entschieden, die Wahl Marquard Barth's als gesichert zu betrachten ist.

München, 26. Febr. Die nothwendig gewordenen Nachwahlen für das Zollparlament finden in den Wahlkreisen Eichstätt und Rothenburg am 9. März, im Wahlkreise Lohr am 10. März, im Wahlkreise Pfarrkirchen am 28. Febr. statt; die engere Wahl im Wahlkreise Schweinfurt (zwischen Meder und Schultes) am 27. Febr.

München, 27. Febr. (Nürn. Corr.) In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer widmete der Präsident Bülz dem Minister Pechmann einen ehrenvollen Nachruf. Die Kammer nahm den Gesetzentwurf, die Beschließung von Angehörigen nicht anerkannter Religionsgesellschaften betr., mit allen gegen 28 Stimmen, und den Antrag auf Erlass eines Gesetzes, wodurch gemeinsame Religionsübung und Ordnung der Kirchenangelegenheiten den nicht anerkannten Religionsgenossenschaften gewährt werden soll, mit 59 gegen 53 Stimmen an.

Hamburg, 27. Febr. Der Senat hat den Antrag der Bürgerschaft auf Amnestie für politische Verbrechen abschlägig beschieden. Der Senat eröffnete der Bürgerschaft, daß eine strenge Untersuchung der Angelegenheit, das Schiff „Leibnitz“ betreffend, stattfinden werde.

Berlin, 26. Febr. (Nürn. Corr.) In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer wurde der Präsident Bülz dem Minister Pechmann einen ehrenvollen Nachruf. Die Kammer nahm den Gesetzentwurf, die Beschließung von Angehörigen nicht anerkannter Religionsgesellschaften betr., mit allen gegen 28 Stimmen, und den Antrag auf Erlass eines Gesetzes, wodurch gemeinsame Religionsübung und Ordnung der Kirchenangelegenheiten den nicht anerkannten Religionsgenossenschaften gewährt werden soll, mit 59 gegen 53 Stimmen an.

### Ralph, der Entwerfalter.

(Fortsetzung aus Nr. 50.)

„Weißt du, mit ungeordnetem Anzug, ihre Kleider mit Staub bedeckt, die langen, schwarzen Haare wie um das magere Gesicht hängend, so kam Agnes Marlow dem Hochzeitsgast in dem Vorplatz des Pfarrhauses entgegen.“

„Sie sprach weder mit ihrem Vater noch mit Dudley, aber die Neuvermählte saß an der Hand sitzend tief in angstvollem Tone: „Bin ich zu spät gekommen... bin ich dennoch zu spät gekommen... bist Du mein angetrautes Weib?““

„Ja“, sagte Dudley mit seinem Tone und sah sie mit einer Bewegung der Umgegend an.

„Sie schien ihn nicht zu hören noch zu sehen.“

„Jenny“ wiederholte sie, „bist Du verheiratet?“

„Ja“, antwortete das junge Weib, starr vor Entsetzen.

„Oh! Warum, warum bist Du zu spät gekommen, warum hat man mir von dem allem keine Nachricht gegeben. Aber komme Jenny, komme mit mir auf mein Zimmer.“

„Jenny...“ „Wißt, Carleon! Ich verbiete Ihnen ihr zu folgen“, rief ihr Gatte.

„Sie verbietet es ihr?“ wiederholte Agnes mit rauhem Lachen, ihre schwarzen, feierhaft glühenden Augen zum erstenmale fest auf Carleon richtend, „soll ich ihr in Gegenwart der Diener, vor den versammelten Hochzeitsgästen, vor meinem Vater soll ich ihr sagen, was ich ihr zu sagen habe, Dudley Carleon?“

Er wandte den Kopf, um ihren durchbohrenden brennenden Blicken zu entgehen, und flüsterte seiner Gattin leise in's Ohr: „Komme Jenny, komme schnell.“

Doch Agnes zerrte das arme Mädchen mit aller ihrer Kraft die Treppe hinauf in ihr Zimmer, und fiel dann, nachdem sie die Thüre abgeschlossen hatte, erschöpft, fast ohnmächtig auf einen Stuhl. Die Fenster stan-

ments an die Ministerpräsidenten von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt abgegangen.

Berlin, 26. Febr. Der Bundesrath des Zollvereins, der nächsten Montag seine Sitzungen eröffnet, besteht nach dem Vertrag vom 8. Juli 1867 aus den Vertretern der süddeutschen Staaten und der norddeutschen Bundesländer. Die letzteren zählen 42 Stimmen, wozu noch 16 aus dem Süden treten: 6 für Bayern, 4 für Württemberg, 3 für Baden, und ebensoviele für Hessen-Darmstadt. Der Bundesrath besteht zur Zeit aus nachstehenden Mitgliedern.

Für Preußen: 1) Graf Bismarck, Vorsitzender, 2) der Präsident des Bundeskanzler-Amtes, Wirkliche Geheimrath Delbrück, 3) der Generalleutnant und Direktor des allgemeinen Kriegsdepartements, v. Pöbbecke, 4) der Contradmiral Jachmann, 5) der Generalsteuerdirektor v. Pommer-Esche, 6) der Generalpostdirektor v. Philippi, 7) der Geh. Oberjustizrath Dr. Page, 8) der Ministerialdirektor, Wirkl. Geh. Oberfinanzrath Gantzer, 9) der Ministerialdirektor, Wirkl. Geh. Legationsrath v. Philippi, 10) der Geh. Oberfinanzrath Wollny, 11) der Geh. Regierungsrath Graf zu Eulenburg, 12) der Geh. Oberfinanzrath Henning. Für Bayern: 1) der Staatsminister des Handels und der öffentlichen Arbeiten, v. Schöler (der aber nun als Zollparlaments-Abgeordneter in den Bundesrath nicht eintreten wird), 2) der Staatsrath v. Weber, 3) der Oberzollrath Gerbig. Für Sachsen: 1) der Staatsminister Frhr. v. Fritzen, 2) der Ministerialdirektor Geh. Rath Dr. Weinig, 3) der Geh. Finanzrath v. Thimmel, 4) der Oberst und Militärbesoldungsmittler in Berlin, v. Brandenstein. Für Württemberg: 1) der außerord. Gesandte und bevollm. Minister, Geh. Legationsrath Frhr. v. Spitzberg, 2) der Oberregierungs- und v. Biber, 3) der Oberfinanzrath Riede. Für Baden: 1) der außerord. Gesandte und bevollm. Minister Frhr. v. Fürstheim, 2) der Ministerialrath Klügel. Für Hessen: 1) der außerord. Gesandte und bevollm. Minister, Geh. Legationsrath Hofmann, 2) der Geh. Obersteuer- und Finanzrath Frhr. v. Mecklenburg-Schwerin: der Staatsrath v. Müller. Für Großherzogthum Sachsen: der Staatsminister, Wirkl. Geh. Rath Dr. v. Wagners. Für Mecklenburg-Strelitz: der Probst und Kammerherr v. Derksen. Für Oldenburg: der Ministerpräsident Geh. Rath v. Riebe. Für Braunschweig: 1) der Staatsminister v. Campe, 2) der Ministerpräsident, Geh. Rath v. Riebe. Für Sachsen-Weimaringen: der Staatsminister, Wirkl. Geh. Rath Frhr. v. Krosigk. Für Sachsen-Altenburg: der Staatsminister v. Gerkenberg-Red. Für Sachsen-Coburg-Gotha: der Staatsminister, Wirkl. Geh. Rath Frhr. v. Seebach. Für Anhalt: der Regierungsrath Dr. Siening. Für Schwarzburg-Rudolstadt: der Staatsminister v. Verbrat. Für Schwarzburg-Sondershausen: der Staatsrath und Kammerherr v. Wolfersdorf. Für Waldeck: der königl. Landrath, kommunizirlicher Landesdirektor v. Fretwell. Für Reuß äl. L.: der Regierungspräsident Dr. Herrmann. Für Reuß jüng. L.: der Staatsminister v. Harbou. Für Schaumburg-Lippe: der Geh. Regierungsrath Höder. Für Lippe: der Kabinettsminister v. Dheim. Für Lübeck: der Senator Dr. Curtius. Für Bremen: der Senator Silbermeister. Für Hamburg: der Senator Dr. Kirchenpauer.

Die Stellung des Bundesraths als die eines Faktors der Gesetzgebung ist in dem oben erwähnten Vertrag dahin präzisirt, daß die Uebereinstimmung der Majoritätsbeschlüsse des Bundesraths und des Zollparlaments zum Zustandekommen eines Gesetzes erforderlich ist. Die Dauer der diesmahligen Sitzung des Bundesraths wird von der „Prov.-Corr.“ auf zwei Wochen veranschlagt.

Berlin, 27. Febr. Sitzung des Abgeordneten-Hauses vom 27. Febr.

den weit offen. Hell zwitschernd die Biegel in dem Jasmin und Geißblatt, welche das Haus umranken, und die Sonnenstrahlen beleuchteten hell die blauen Gesichter der jungen Mädchen.

Jenny saß laut schluchzend und sah fest an Agnes Kammernd auf die Knie.

„Oh! Agnes! habe doch Mitleid mit mir. Bedenke doch, daß es mein Hochzeitstag ist!“

„Ich kann kein Mitleid mit Dir haben, Jenny, ich kann nichts bedenken. Ich sagte Dir, daß mein Herz nicht edel genug ist, um etwas anderes zu empfinden als Haß, Haß gegen ihn...“

„Agnes!“

„Wenn ich Dein Herz breche wie das meine gebrochen wurde, wenn ich Dein Leben knide wie das meine geknickt wurde... wenn er Dir selbst so theuer wäre wie sein verstorbenen Bruder mir theuer gewesen ist, so werde ich dennoch reden: Weist Du was dieser Mann ist... dieser Mann, den zu lieben und zu ehren Du heute am Altare gelobtest?“

„Agnes.“

„Jenny Carleon... (o Wehe, daß ich Dich bei diesem Namen nennen muß!)... als ich den Brief meines Vaters erhielt, glaubte ich den Verstand zu verlieren; aber beurtheile mich nicht nach meiner entsetzlichen Aufregung, nach meinem Aussehen! Höre mich, unglückliches Mädchen; ich kann Dir nichts sagen, als was ich weiß und so gewiß glaube, daß, wenn selbst meine Worte Dich zu meinen Füßen tödteten, ich es Dir sagen würde, eher als ich Dich die Schwelle des Hauses von Dudley Carleon überschreiten ließe!“

„Oh! Agnes! Am Tage meiner Hochzeit, an diesem schönen, frohen Tage!“

„Sie erhob die Hände, wie um sich zu schützen vor den grausamen Worten, die sie hören, wie um einen schweren Schlag abzuwenden, der sie zermalmen sollte.“

„Dudley Carleon hat seinen Bruder Martin vergiftet.“

Zunächst wurde heute vom Abg. Grafen Renard ein Hypothekengesetzentwurf eingebracht, über dessen geschäftliche Behandlung das Haus seinen Beschluß „vorläufig“ aussetzte. Alsdann referirte Abg. v. Bennigsen über den Gesetzentwurf, betreffend die fernere Geltung der Wahlverordnung vom 30. Mai 1849 in den neuen Landes- theilen, dessen Ablehnung die Kommission beantragt und an seiner Stelle einen andern empfiehlt des Inhalts, daß die Verordnung bis zum 1. April 1869 in Kraft bleibt, sofern die vom nächsten Landtag zu erwartende gesetzliche Regelung nicht früher erfolgt. Ein Amendement v. Schöning will dies Provisorium auf unbestimmte Zeit bis zum Zustandekommen einer anderweitigen gesetzlichen Regelung verlängern, um eventuell auch nach jenem Termin die Vornahme einer Nachwahl in den neuen Provinzen zu ermöglichen. Abg. Graf Schöning erklärt sich gegen dies Amendement und für den auf einen Kompromiß, der ehrlich gehalten werden müsse, beruhenden Antrag der Kommission, zumal die Lage des Dreiklassen-Wahlsystems geahnt sei. Abg. Heise wollte von einem Kompromiß nichts wissen, während Abg. Twesten auf den einstimmig gefassten Beschluß der Kommission verweist, der nur in der Voraussetzung gefaßt werden konnte, daß es sich nur um ein begrenztes Provisorium handle; andernfalls hätten er und seine Freunde die Vorlage überhaupt zu Falle gebracht. Diefelbe Ansicht äußerte Abg. Waldeck, während der Minister des Innern und sein Kommissar der unbestimmten Dauer des Provisoriums für alle Fälle vor der Begrenzung desselben den Vorzug gaben. Gleichwohl wurde der Antrag der Kommission fast einstimmig genehmigt, nachdem v. Schöning den seinigen zurückgezogen.

Bei den darauf folgenden Wahlsprüngen wurde die Beauftragung der Wahl des Abg. v. Bergendorff (Wahlkreis Angerburg-Wehen) mit großer Majorität beschlossen. Der Antrag von v. v. die Stellvertretungsstellen für Staatsbeamte betreffend, wurde dem Kommissionsantrag gemäß angenommen, welcher dahin geht, die Regierung zu ersuchen, die gesetzliche Regelung der Frage bald herbeizuführen und inzwischen das bis 1863 bestandene Verfahren wieder eintreten zu lassen.

Berlin, 27. Febr. Pariser Berichterstatler der „Indep.“ Belge sprechen von wiederholten Konferenzen, welche der Marquis v. Roussier neuerdings mit den Botschaftern von Preußen, Oesterreich und England über die orientalische Frage abgehalten hätte. Wie in hiesigen politischen Kreisen versichert wird, hat der preussische Botschafter, Graf v. d. Goltz, an solchen Konferenzen nicht Theil genommen. Auch sollen überhaupt in Betreff der orientalischen Angelegenheiten jetzt gar keine Verhandlungen im Gange sein. Gestern Nachmittag besuchte S. K. H. der Kronprinz das Landwirthsch. Museum. Die Aufstellung der Gegenstände im Erdgeschoss ist nahezu vollendet. In den obern Lokalitäten wird dieselbe noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Als die vorzüglichsten Abtheilungen des Museums werden die Sammlungen von Pflanzen und von Vollsortimenten bezeichnet.

Am Montag den 2. März wird die diesjährige Session des Landes-Delegirtenkollegiums durch den Minister v. Selchow eröffnet. Den Vorsitz bei den Verhandlungen des Kollegiums führt der Geh. Oberregierungs- und v. Schumann. Die Schließung des Landtags erfolgt bestimmt am Samstag den 29. Febr., und zwar durch Se. Maj. den König in Person. Wahrscheinlich wird das Abgeordnetenhaus schon morgen mit seinen Beratungen zu Ende kommen. Das Herrenhaus dürfte noch am Samstag Vormittag eine Sitzung halten. Viele Landtags-Mitglieder rüsten sich schon zur Abreise. Diejenigen aus der Provinz Preußen, welche auch Mitglieder des dortigen Provinzial-Landtags sind, dürften be-

Ein langes, schmerzliches Stöhnen entrang sich den farblosen Lippen der jungen Frau, und bestimmungslos fiel sie zu den Füßen von Agnes Marlow, die langen, glänzenden Locken in wirrer Masse auf dem weißen Boden schließend.

„Ich habe keinen Beweis für meine Anklage, sonst würde ich diese furchtbare Anklage von einem Ende des Landes bis zum andern mit lauter Stimme verkündet haben. Ich habe keine Beweise, aber ich habe die feste Ueberzeugung davon.“

„Keine Beweise?“

„Keine! Aber ich weiß es, ich weiß es!... Ich war in der Nacht vor dem Tode von Martin Carleon auf dem Hofe, habe das entsetzte, verzerrte Gesicht seines jüngeren Bruders gesehen, als er sich mit der Arzneiflasche zu schaffen machte. Seine Hand war es, die dem Bruder den Trank reichte, der ihn beruhigen, stärken sollte, der aber das verzehrende Fieber mir vertheilte. Sein dunkler Schatten hat keine Minute das Schmerzenslager Martin's verlassen. Treue nannte man das, Ergebenheit!... Ja, die Treue des Mörders, der sein entsetzliches Ziel verfolgt, die Ergebenheit des Hinters gegen sein schuldloses Opfer! Junges Weib! Untere Augen begehrten sich einen einzigen Augenblick in jener grauenvollen Nacht, und in diesem einzigen Blick erkannte ich, sah ich die Schuld, das Verbrechen. Ich weiß es und Martin weiß, daß ich es weiß.“

„Agnes! Agnes!“

„Martin Carleon starb an den Folgen eines langsam wirkenden Giftes, das ihm von seinem Bruder gereicht wurde. Jetzt kehre zurück zu Deinem Gatten, ich bin zu Ende, Mhr. Carleon!“

„O Agnes! Wie bist Du grausam, mittelstlos, gefühllos, ohne alle christliche Liebe! Und um einer bloßen Idee willen, die eben so grundlos als abscheulich ist, wegen eines ungerathenen Verdachtes... müchtest Du einen unschuldigen Menschen verurtheilen? Ich beklage Dich, Agnes, das Opfer eines so entsetzlichen Irrthums zu sein!“

(Fortsetzung folgt.)

reits morgen Abend Berlin verlassen. Bekanntlich ist dieser Provinzial-Landtag auf Samstag den 1. März nach Königsberg einberufen.

**Berlin, 27. Febr.** Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt:

Die Ernennung des preussischen Generalleutnants v. Beyer zum Kriegsminister in Baden wird von den Gegnern der Großen Regierung wie ein außerordentliches Ereignis behandelt. Sie wollen darin sogar eine Zurücksetzung badischer Offiziere erblicken. Diese letztere Ansicht vertritt eine große Unkenntnis in militärischen Dingen. In der preussischen Armee dienen bis in die höchsten Stellen Offiziere, welche früher in anderen deutschen Staaten ihre Heimath hatten, und umgekehrt sind häufig preussische Offiziere aus der königl. Armee geschieden, um in die Kriegsdienste anderer deutscher Fürsten zu treten. Denselben Gebrauch finden wir in der österreichischen Armee. In diesen militärischen Vorkommnissen hat bis jetzt noch kein verständiger Mensch eine Zurücksetzung derjenigen Militärs gefunden, welche in der Lage waren, einen fremden Offizier als ihren Kameraden aufnehmen zu können. Der Eintritt eines preussischen Generals, nachdem ihm der Abschied bewilligt worden, in den Dienst des Großherzogs von Baden hat also gar nichts Ueberraschendes. Es ist bekannt, daß die Organisation der badischen Armee nach dem preussischen System in Angriff genommen ist. Daraus folgt von selbst, daß zur Durchführung dieser Aufgabe und zur Leitung der dazu notwendigen Einrichtungen ein großer, badischer Offizier, wie sehr er auch in allen andern militärischen Eigenschaften dem General v. Beyer ebenbürtig ist, nicht dieselbe Erfahrung wie dieser besitzen kann, welcher wohl 12 Jahre im preussischen Kriegsministerium eine hohe Stellung bekleidete und in dieser Weise seiner außerordentlichen Befähigung für die militärische Verwaltung gegeben hat. Wenn wir dem General v. Beyer später an der Spitze einer preussischen Infanteriebrigade als Truppenführer sahen, so bot demselben dieses Kommando eine günstige Gelegenheit, die neuen organisatorischen Einrichtungen der preussischen Armee auch im praktischen Dienst zu erproben. Hr. v. Beyer, im Oktober 1866 zum Generalleutnant befördert, hatte als Militärbevollmächtigter in Karlsruhe während der Reorganisation der badischen Armee Gelegenheit, Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog bekannt zu werden und durch seine Rathschläge und militärischen Eigenschaften sich das Vertrauen seines jetzigen Kriegsherrn zu erwerben. Die Ernennung des Generals zum Kriegsminister war also eine natürliche Folge seiner Stellung, und seine Wahl ist nach den Erfahrungen desselben im preussischen aktiven und Militär-Verwaltungsdiens die zweckmäßigste, welche im Interesse des Landes getroffen werden konnte. Diejenigen, welche diese Wahl bemängeln, geben damit ihre Abneigung gegen jede Kräftigung und Befestigung der deutschen Wehrkraft zu erkennen. Ihnen wäre es am angenehmen, an der Spitze des badischen Kriegsministeriums eine weniger befähigte Persönlichkeit, oder doch einen den deutschen Interessen und der einheitlichen Organisation des deutschen Kriegswesens möglichst abgeneigten Mann zu erblicken. Deutschland kann sich Glück wünschen, daß weder S. K. H. der Großherzog, noch seine Regierung die Absicht faßten, gegeben haben, die Regierung des Landes nach den Wünschen dieser politischen Richtung zu führen.

### Oesterreichische Monarchie.

**Wien, 25. Febr.** (Zrft. Ztg.) Gestern Abend ist im Ausschuss des Herrenhauses die Beratung über das Gesetz über die Erhebung der Steuern, trotz einer sehr langen Rede des Kardinals Rauscher gegen das Gesetz hat die Mehrheit der Kommission sich zum Beschluß vereinigt, die unveränderte Annahme des Gesetzes zu empfehlen. Es erübrigt jetzt noch die Erledigung des Schulgesetzes, doch wird die Verhandlung im Plenum des Herrenhauses wohl kaum noch im Lauf dieser Woche eröffnet werden. — Die Hinterladerfrage ist erledigt. Das Reichskriegsministerium hat die Ausweise veröffentlicht, welche die besprochene Preisdifferenz erklären. Der Mehrbetrag wird durch den Umstand verursacht, daß die Regierung die Schäfte, Schließer, Schraubenzieher, Wischer und Bayonnettschneiden besonders für beschaffen hat; außerdem werden die Kosten durch die Steigerung des Arbeitslohnes, sowie durch die Wistung und Einschließung erhöht. Die Delegationen werden nunmehr um so weniger Bedenken tragen, die 217 Mill. Gulden für die Hinterlader definitiv zu bewilligen, da auch der Reichsfinanzminister gestern die geforderten schriftlichen Belege über die Schaffenbestände überreicht hat. Hr. v. Bete gab dabei die beruhigende Erklärung ab, daß mindestens 25 Millionen Gulden zur Deckung des außerordentlichen Kriegsbudgets verbleiben werden. Die ungarische Sektion hat jedoch von dem Extraordinarium 12 Mill. Gulden für Monturen und Artilleriepferde gestrichen und hinsichtlich der für Festungsarbeiten beanspruchten 1,8 Mill. Gulden hat sie sich die Entscheidung noch vorbehalten, da die einzelnen Posten eine genauere Prüfung erfordern. So sind für das veranschlagte Lager von Kratau pro 1866 nur 400,000 fl. angesetzt; aber Sachverständige haben, wie in der Sektion erwähnt wurde, die Gesamtkosten auf mehr als 12 Millionen veranschlagt. Die Befestigungspläne des Reichs-Kriegsministeriums erregen überhaupt viele Bedenken. Von der Idee, zehn Forts bei Wien zu errichten, ist man zwar abgegangen, aber Feldmarschall-Lieutenant v. Ruhn hat sich sehr nachdrücklich nicht bloß für die Erweiterung der Festungswerke von Kratau, sondern auch für die Verstärkung Komorn und für die Befestigung von Ofen-Pesth, Epertes, Szekmol und Szegedin ausgesprochen.

**Wien, 26. Febr.** (Zrft. Ztg.) Georg V. hat in einem zwar von Hannover datirten, aber im Hiesigen Kabinett verfaßten Artikel, den ein hiesiges offizielles Blatt heute veröffentlicht, neuerdings gegen die „falsche Auslegung“ seines Vertrags mit König Wilhelm I. protestiren lassen. Die jüngst erfolgten Loyalitätsmanifestationen seiner „getreuen Unterthanen“ haben den Erzer ermutigt, unverblümt zu erklären, daß er sich allerdings noch im „Kriegszustand“ gegen Preußen befinde. Der betr. Artikel betont, daß König Georg durch seinen Adjutanten ein eigenhändiges Schreiben an König Wilhelm in dessen Hauptquartier zu Nitolsburg gesendet habe; das Schreiben sei von Hrn. v. Bismarck gelesen, aber von König Wilhelm nicht angenommen worden. Da also dieser „die zum Frieden angebotene Hand“ zurückgewiesen habe, sei König Georg berechtigt, die Fortdauer des Kriegszustandes als selbstverständlich zu betrachten. Der Protest

gegen die Annexion Hannovers sei bis zur Stunde nicht widerrufen worden; jener Protest ist „auch heute noch des Königs politisches Glaubensbekenntnis.“ Der Vertrag über das Vermögen des Königs Georg habe daran nichts geändert; sein Wortlaut beweise, daß auf die Krone von Hannover nicht verzichtet worden sei. Auf Antrag der englischen Regierung sei bei den Verhandlungen, die zu jenem Vertrag führten, ausdrücklich die politische Seite der Frage gänzlich ausgeschlossen worden, und die preussische Regierung habe diese Basis acceptirt; aus etwaigen Hintergedanken aber könne kein Recht abgeleitet haben. Die Hiesiger Note schließt mit folgender Erklärung, die gewiß an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt: „Die Stellung Georg's V. wird der Annexion gegenüber nie eine andere als eine feindselige sein.“ Aus dem Umstand, daß ein solches Dokument gerade jetzt in einem notorisch offizielles Blatt veröffentlicht wird, glaubt man schließen zu dürfen, daß Hr. v. Bunt eine weitere Kompromittirung durch den König Georg nicht mehr befürchtet, indem die Ueberriedelung des hartnäckigen Kronprinzen nach Paris oder London nahe bevorstehe.

**Wien, 26. Febr.** Neueste und verlässliche Berichte aus Bukarest gestatten keinen Zweifel mehr, daß die Gerüchte von einer beabsichtigten Unabhängigkeitserklärung der Donaufürstenthümer auf gutem Grunde ruhen, und sie fügen ausdrücklich hinzu, daß dieser Akt nur deshalb aufgegeben oder wenigstens auf unbestimmte Zeit vertagt worden sei, weil namentlich das französische Kabinett mit einer Energie gesprochen, der die rumänische Regierung nicht zu trotzen gewagt. Genau von diesem Zeitpunkt datiren die Abweisungsinstruktionen, welche Rußland an seine politischen Agenten erlassen. Von Omer Pascha wird übrigens, als er auf die ersten alarmirenden Meldungen von der Donau her sich zur Uebernahme des Kommandos in Rumelien aufschickte, das bezeichnende Wort erzählt: „Die Herren drüben sechten diesmal mit dem Strick um den Hals.“

**Wien, 27. Febr.** Es sind so eben wieder bedeutende Reduktionen in der Armee angeordnet. Durch die Herabsetzung des Mannschaftsstandes bei sämtlichen Kavallerieregimentern, sowie bei den Genieregimentern und den Pionieren, durch die Auflösung der Bepannungen sämtlicher Batterie-Munitionswagen bei den Feldartillerie-Regimentern, durch die Auflösung endlich aller Musikbänder bei der Kavallerie, der Artillerie, den Jägern, dem Genie und den Pionieren kommen im Ganzen 5442 Mann und 5013 Pferde in Wegfall.

**Wien, 27. Febr.** In der heutigen Sitzung des Unterhauses brachte der Ministerpräsident eine Regierungsvorlage über Aufhebung des Staatsrathes ein. Der Justizminister legte die Gesetzentwürfe über Disziplinarbehandlung und Beerdigung der richterlichen Beamten vor. Der Finanzminister bringt einen Theil des Landesbudgets ein. Bezüglich der Petition der Nationalbank wegen Vertragsbruchs der Regierung durch die Staatsnoten-Emission beschließt das Abgeordnetenhaus, den Finanzminister aufzufordern, mit der Bank zu verhandeln, die Bankbeschwerden zu prüfen, ein Uebereinkommen auszuarbeiten und dasselbe der versammlungsmäßigen Behandlung vorzulegen. Der Finanzminister erklärt, die Regierung sei geneigt, die Bankaktionäre zu entschädigen, aber es sei eine vorherige Verständigung mit dem ungarischen Ministerium nöthig. Die Lösung der Bankfrage sei wegen der Herstellung der Valuta erforderlich. Die Herstellung der Valuta sei äußerst schwierig; trotzdem hofft der Finanzminister wenigstens eine theilweise Beseitigung des Defizits. Der Finanzminister hält eine umfassende Enquete der Bankfrage für notwendig und erklärt sich bereit, obigen Antrag zuzustimmen.

**Wien, 27. Febr.** Man telegraphirt der „N. Fr. Pr.“: „Trotzdem die Existenz panslawistischer Agitationen in Ungarn von Seite der slavischen Völker vor Kurzem in Abrede gestellt worden, sind neuerdings wieder aus den nördlichen Theilen des Landes der Regierung Mittheilungen über das Bestehen derartiger Agitationen gemacht worden. Beamte und Lehrer haben dem Ministerium Gelder, welche russische Emissionen an sie vertheilt, eingekündet.“

**Agram, 26. Febr.** Die aus den Beratungen der Kriegsministerial-Kommission hervorgegangenen Reformvorschlüsse bezüglich der Militärgrenze wurden gestern sanktionirt und dürften mit 1. März ins Leben treten.

### Schweiz.

**Neuchâtel, 27. Febr.** (Bund.) Der Große Rath hat mit 56 gegen 12 Stimmen beschlossen, die Frage einer Totalrevision der Verfassung dem Volke zur Entscheidung vorzulegen.

### Italien.

**Florenz, 27. Febr.** Marquis D'Isola, der zum Gesandten in Vissabon ernannt ist, reiste nach München, um sein Abberufungsschreiben daselbst zu überreichen. Marquis Zagliorati wird ihn in München ersetzen.

**Florenz, 27. Febr.** Die „Ital. Corr.“ widerlegt die Nachricht, daß General Ciaolini zum Kommandanten eines Armeekorps ernannt worden sei, das in Erwartung einer Bourbonnischen Bewegung in Unteritalien mobil gemacht werden soll, indem das genannte Blatt hinzufügt: es liege nichts vor, was die Stellung eines Theils der italienischen Armee auf dem Kriegsfuß könnte erwarten lassen.

**Rom, 24. Febr.** Man schreibt der „Korresp. Havas“: Man war in den hiesigen wohlunterrichteten Kreisen keineswegs über die Dementis erstaunt, die von Berlin und St. Petersburg aus der vorgeblichen Wiederannahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der römischen Kurie und dem Petersburger Kabinett ertheilt worden waren. In der vielbesprochenen Audienz des Barons v. Arnim hat der heil. Vater in verbindlichen Ausdrücken dem König von Preußen wegen dessen günstiger Einstellung gegen den römischen Stuhl und der Katholiken Preußens gedankt, allein die Frage der Errichtung einer Nunziatur in Berlin wurde von Hrn. v. Ar-

nim nicht berührt. Demungeachtet weiß man in Rom, daß Preußen gegen eine Nunziatur in Berlin nicht abgeneigt wäre. Die Nunziaturfrage befindet sich in der Schwebe. Man schreibt der preussischen Gesandtschaft die Absicht zu, an der Stelle der seitherigen protestantischen Hauskapelle eine Kirche neben ihrem Hotel erbauen zu lassen, glaubt aber nicht, daß die päpstl. Regierung hierzu die Erlaubniß ertheilen werde. Außer der Synagoge gibt es keinen nichtkatholischen Tempel in Rom. Die russische und die preussische Kapelle befinden sich im Innern der Gesandtschaften, die Tempel der Anglikaner und Presbyterianer befinden sich an der Faminischen Straße in der Vorstadt und sind ohne alle äußere Abzeichen. — Von der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit Rußland ist im Augenblick keine Rede. — Eine Kommission von Kardinalen, Prälaten und gelehrten Theologen der verschiedenen Kongregationen ist angegangen worden, ein Gutachten über die angeregte Revision des österr. Reichs Konkordats abzugeben. Es soll sich nur um eine Modifikation im Sinn des französischen Konkordats handeln. Graf Ervelli hat, übrigens in offiziellose Weise, die guten Dienste der französischen Gesandtschaft in dieser Frage in Anspruch genommen. — Kardinal Antonelli denkt, trotz aller gegen-theiligen Meldungen der Zeitungen, noch nicht an seinen Rücktritt. — Der Jesuitenpater Curcy, der neulich in St. Peter ad vincula eine so derbe Predigt gegen den „Paphisämus Napoleon's III.“ losgelassen hatte, ist mit einem sehr scharfen Verweis bedacht und außerdem von der Liste der diesjährigen Fastenprediger gestrichen worden, auf der er immer in erster Reihe glänzte.

**Rom, 25. Febr.** Das „Giorn. di Roma“ konstatirt, daß die letzte goldene Krone, die Pius IX. vor der jetzt an die Königin von Spanien abgegangenen, nicht der Königin von Neapel im Jahr 1849, sondern der Kaiserin der Franzosen im Jahr 1856 verliehen wurde. — Bei Gelegenheit des nahe bevorstehenden Ausgebots zum Verkauf der Besitztümer der königl. Familie von Neapel in Apulien und den Abruzzen erklärt der „Osserv. Rom.“, er sei aufgefodert worden, daran zu erinnern, daß — abgesehen von dem Protest Franz II. in Gaeta im Jahr 1860 — diese Güter dem Grafen von Trani von dem Könige Ferdinand aus seinem Privatvermögen als Majoratgüter gegeben worden seien.

**Rom, 26. Febr.** Heute Morgen feierte der Papst den Aschermittwoch in der Sirknischen Kapelle. Sämtliche geistlichen Würdenträger und das diplomatische Korps wohnten der Feier bei.

### Frankeich.

**Paris, 26. Febr.** (Köln. Ztg.) Der gestrige Faschings-Dienstag verlief ohne weitere ernsthafte Vorfälle. Obgleich die ganze Nacht über das regste Leben auf den Boulevards und den Hauptstraßen herrschte und die Gemüther durch Genuß von Wein, Bier und Spirituosen ziemlich stark erhitzt waren, so kam es doch nirgends zu einer Demonstration. Von der Mabelle an bis zur Bastille hinauf war es ein halbwildes Gesehrei, das fast nirgends durch einen guten Witz unterbrochen wurde. Die Masken, die sich hier und da durch die Menge drängten — sie bestanden zum großen Theil aus Männern in Frauen- und aus Frauen in Männertracht — trugen zur Hebung des ganzen Schaupiels nur wenig bei. — Politische Anspielungen hörte man gar nicht. Gestagt wurde selbstverständlich sehr viel, sowohl auf öffentlichen als auf Privat- und offiziellen Ballen. Wenn man als ruhiger Beobachter dem ganzen Treiben zusah, an die Szene dachte, mit welcher am letzten Montag die Sitzung des Gesetzgeb. Körpers schloß, und sich dabei an den Eindruck erinnerte, den in früheren Zeiten solche Sennen in Paris gemacht haben würden, so war man fast gezwungen, sich zu fragen, ob die Artadler nicht Recht haben, die da glauben, daß man durch die einfache Fortsetzung des Regimes vom 2. Dezemb. dahin gelangen könnte, aus den Franzosen ein ganz harmloses, nur seinem Verquänen lebendes Volk zu machen, dem man nur von Zeit zu Zeit etwas „Gloire“ verschaffen müßte, und dies zwar zu seiner Zerstreung und ihm einen plausiblen Grund zu geben, sich auch in Zukunft noch für eine „grande nation“ halten zu können. Unmöglich ist es aber auch nicht, daß sich Alles so ruhig verhielt, weil, und dies gibt deutlich die „France“ zu verstehen, man in gewissen Kreisen unruhige Auftritte für sehr erwünscht gehalten hätte.

**Paris, 27. Febr.** Die „Liberté“ zieht heute gegen Hrn. Jérôme David wegen seines Verfahrens bei der letzten Sitzung des Gesetzgeb. Körpers arg zu Felde und nennt dasselbe geradezu eine „Ermunterung zur Verleumdung“. — Das „Pays“ behauptet, Aktienstücke in Händen zu haben, welche bezeugen, daß an einen Theil der französischen Presse Geld- und Ordensverleihungen von fremden Mächten gemacht worden seien. Wahrscheinlich will dies Blatt in seiner bekannten liebenswürdigen und wohlwollenden Weise insinuirten, daß es auch geheime Ordensverleihungen gebe.

Wie das „Journ. de Paris“ vernimmt, nehmen die Beziehungen des Tuilerienkabinetts mit der rumänischen Regierung einen immer herberen Charakter an. Es wäre dieser Tage abermals eine Drohnote von hier nach Bukarest abgegangen, deren baldigster Beantwortung man entgegen-sehe. — Wie die „France“ erfährt, soll der russische Konsul wegen des zu großen und kompromittirenden Eifers, den er in seinen Agitationsbemühungen entwickelt, von Adriano-pel abgerufen werden. Dem an der heutigen Börse verbreiteten Gerücht einer sehr heftigen Note, die von hier nach St. Petersburg abgegangen wäre, spricht die „France“ die Begründung ab.

Die „Patrie“ spricht von einem Duell, das zwischen einem Abgeordneten und einer andern Person, und zwar nicht aus politischen Gründen stattfinden sollte, und durch die Dazwischenkunft der Gendarmerie, als die beiden Gegner schon mit dem Degen in der Hand auf dem Kampfplatz standen, verhindert worden sei. — Kürzlich wurden der Herausgeber und der Drucker des seitdem unterdrückten „L'Éclair“ „le Satan“ wegen 5 verschiedener Preßvergehen zu je 5 Mo-

naten Gefängnis und 2500 Fr. Geldbuße von der sechsten Kammer des Hrn. Delesdour verurtheilt. Der Drucker, Hr. Downe, hat gegen dieses Urtheil Berufung eingelegt, und die Appellkammer, welche konsequent eine andere Jurisprudenz als Hr. Delesdour in dieser Materie aufrecht erhält, hat die fünf Verurtheilungen an und für sich bestätigt, allein die Strafen, als sich mit der zuerst erkannten verschmelzend, auf 1 Monat Gefängnis und 100 Fr. Geldbuße herabgesetzt. — Rente 69,02 1/2, Cred. mob. 220, ital. Anl. 45,35.

**Paris, 28. Febr.** Der „Moniteur“ veröffentlicht ein kaiserl. Dekret, welches die Aufhebung des Handelsvertrags zwischen Frankreich und Mecklenburg und die vom Zollverein zugestandenen Zollermäßigungen als Entschädigung dafür genehmigt. Diese Zugeständnisse bestehen in der Herabsetzung der Steuer auf Wein in Fässern und Flaschen auf 20 Fr. per 100 Kilo, der Steuer auf leichte, durchsichtige, gebleichte oder appretirte Baumwollgewebe auf 200 Fr., der Steuer auf Maun zum Gebrauch der Stärke, und schwefelhaftes Ammoniak auf 8,75 Fr., endlich freie Zulassung von schwefelhaltigem Eisen. — Ein anderes Dekret genehmigt die am 21. Febr. 1868 zwischen Frankreich und Italien unterzeichnete Erklärung, betreffend die den italienischen Unterthanen in Frankreich zugestandenen Privilegien.

### Rußland und Polen.

**St. Petersburg, 27. Febr.** Auf Vorstellung des Ministeriums ordnet ein kaiserl. Befehl die Unterdrückung der Zeitung „Moskovich“, des Organes der Ultra-Panflavisten, an. — Der Reichskontrollleur reichte dem Reichsrath das Effektivbudget von 1866 ein. Die außeretatmäßigen Ausgaben des Kriegsministeriums betragen 13, die des Bauteilministeriums, 5 und die des Marineministeriums 1 1/2 Mill. Rubel.

### Großbritannien.

**London, 26. Febr.** Parlarmentsverhandlungen vom 25. Febr.

In Oberhaus erhob sich Lord Malmesbury, um dem Hause die Mittheilung zu machen, daß Lord Derby genehmigt gewesen sei, seine Resignation bei Ihrer Maj. einzureichen. Schmerzlich, wie es Allen ohne Unterschied der Partei sein mußte — so sagte er — einen ausgezeichneten Staatsmann von der Führung der Geschäfte zurücktreten zu sehen, treffe dieser Verlust um so tiefer diejenigen, die lange unter ihm gedient haben, und die sich jetzt nur mit der Hoffnung trösten können, daß er ihnen als unabhängiges Parlamentsmitglied später wieder mit seinem guten Rath und der Kraft seiner Beredsamkeit zur Seite stehen werde. — Der edle Lord beantragt hienach, daß das Haus am Donnerstag (27.) zusammenkomme, um die dritte Lesung der irischen Habeas-Corpus-Suspensionsbill vorzunehmen, da sie vor Sonntag die Genehmigung der Königin erhalten haben müsse; nach Erledigung dieser dringenden Angelegenheit aber zu warten, bis das neue Ministerium, mit dessen Bildung der Schatzkanzler von der Königin betraut worden sei, vollendet sein werde. — Carl Russell, als Führer der Opposition im Oberhause, erklärt sich mit diesem Arrangement vollkommen einverstanden und spricht in wenigen Worten sein Bedauern über den Rücktritt Lord Derby's aus, dem er als Gegner hohe Achtung nicht versagt hat, und dessen bereite Stimme das Haus höchst willkommen heißen würde.

Unterhaus. In Erwartung einer ministeriellen Erklärung war das Haus in allen seinen Räumen gefüllt. Aller Blicke harrten auf der Ministerbank, auf der Disraeli fehlte. Nach Erledigung einiger Geschäfte erhob sich Lord Stanley und spricht inmitten des vor Erwartung lebendigen Hauses mit bewegter Stimme: „Ich habe dem Hause mit tiefem Bedauern die Mittheilung zu machen, daß Lord Derby in Folge seines Gesundheitszustandes, der, obwohl in Besserung begriffen, ihm eine Ruhe von aller Arbeit für längere Zeit unabweislich notwendig macht, für seine Pflicht erachtet hat, Ihrer Majestät seine Absonderung zu überreichen, und daß Ihre Maj. sie baldreichst annehmen geruhe. Ich habe ferner mitzutheilen, daß mein sehr geehrter Freund, der Schatzkanzler, gegenwärtig auf Befehl Ihrer Maj. mit der Bildung eines Ministeriums beschäftigt ist. Unter diesen Umständen folge ich bloß dem gewöhnlichen und — wie ich glaube — unabweislichen Brauche, wenn ich von Seiten meines sehr ehrenw. Freundes es wage, dem Hause vorzuschlagen, sich bis zur Vollenbung der notwendigen Arrangements zu vertagen. Mein ehrenw. Freund bedauert gewiß nicht minder als ich, eine Debatte über einen Gegenstand vertagen zu müssen, welcher in diesem Augenblick vielleicht der wichtigste für die Beachtung des Hauses ist. (Die irische Frage.) Aber das Haus wird einsehen, daß uns in der gegenwärtigen Lage keine Wahl bleibt, und mir daher hoffentlich gestatten, eine Vertagung bis Freitag zu beantragen.“ (Hört! Hört!) — Es erheben sich nun zu gleicher Zeit Maguire und Gladstone. Da jedoch Letzterer von allen Seiten des Hauses zu sprechen aufgefordert wird, überläßt ihm Jener das Wort, und Folgendes ist seine wortgetreue Entgegnung auf Lord Stanley's eben gehörte Anführung: „Was den Antrag auf Vertagung betrifft, so ist er durch die Sachlage so sehr geboten, daß ich mich kaum verpflichtet gefühlt hätte, ein Wort darüber zu bemerken. Mit Bezug jedoch auf den besondern Fall, den der edle Lord durch ein eigenthümliches Geschick dem Hause mitzutheilen berufen war, kann ich nicht umhin, mein gewiß von Allen getheiltes Bedauern auszusprechen, daß eine so lang thätige und in so vielen Beziehungen so ausgezeichnete und bemerkenswerthe Laufbahn wie die seines Vaters durch die Abnahme seiner körperlichen Kraft und Gesundheit zum Abflusse gelangt ist.“ (Lauter Beifall.) — Auf eine Anfrage Maguire's, welchen Tag ihm die Regierung zur Einbringung seines Antrags einräumen werde, erwidert Lord Stanley, er könne vorerst nur sagen, daß er und das Gesamtministerium eben so schnell wie das übrige Haus eine rasche und gründliche Erörterung der irischen Frage wünsche. Der Antrag auf Vertagung wird hienach angenommen.

**London, 26. Febr.** (Zur Ministerkrise.) Die königliche Aufforderung an Hrn. Disraeli, an die Stelle des zurückgetretenen Premier's zu treten und die nach seiner Ansicht rathsamsten Kabinetseränderungen vorzulegen, wurde durch General Grey in einem eigenhändigen Schreiben der Königin überbracht. Die telegraphische Verbindung mit der Insel Wight, die in den letzten Tagen, ungelegen genug, unterbrochen war, ist übrigens seit gestern Abend wieder hergestellt und wurde von Disraeli, der über Nacht in Osborne geblieben

war, heute Morgen schon wiederholt benützt. Bis zu seiner Rückkunft nach der Stadt, die jeden Moment erwartet wird, läßt sich über die Neugestaltung des Kabinet's nichts Verlässliches sagen, und es ist leicht möglich, daß das Parlament sich übermorgen noch bis am Montag oder Dienstag wird vertagen müssen. Das Eine steht vorerst fest, daß der bisherige Lord-Kanzler Lord Chelmsford zurücktritt und durch Lord Justice Cairns ersetzt wird. Als zukünftiger Schatzkanzler wird noch immer allgemein Sir Stafford Northcote (gegenwärtig Minister für Indien) bezeichnet, doch meint der ministerielle „Globe“, daß vielleicht Hr. Hunt (einer der beiden Sekretäre des Schatzamts) den Posten erhalten werde, da Sir Stafford mit Rücksicht auf die abessinische Expedition gerade jetzt im indischen Amt kaum zu entbehren sei. Auch von Lord Stanley's Uebertritt in's Oberhaus ist stark die Rede, in welchem Fall jedoch die Vertretung des auswärtigen Amtes im Unterhaus einem Tüchtigeren als dem kaum je genannten gegenwärtigen Unterstaatssekretär (Egerton) übertragen werden müßte. Zu bemerken wäre allenfalls, daß kraft einer in der letzten Session erlassenen Akte (Klausel der Reformakte) keiner der im Amt befindlichen Minister, wenn er ein anderes Departement übernimmt, sich einer Neuwahl zu unterziehen braucht.

**London, 27. Febr.** Das Armeebudget für 1868 — 69 wird auf 15,455,000 Pfund Sterling veranschlagt, 203,200 Pf. St. mehr als vergangenes Jahr.

**London, 27. Febr.** Nach der „Times“ wird die Kabinet'sbildung vollendet durch die Zuziehung Lord Cairns' als Lord-Kanzler und G. W. Hunt's als Schatzkanzler (so daß also Northcote seinen Posten als indischer Minister behält). Walpole (der seit seiner Niederlegung des Ministeriums des Innern ohne Portfeuille im Ministerium geblieben war) scheidet gänzlich aus; sonst findet kein Personenwechsel weiter Statt. Eine längere Vertagung des Parlaments ist wahrscheinlich.

### Afrika.

**London, 26. Febr.** Aus Abessinien ist dem indischen Amt folgende Depesche von Sir R. Napier zugegangen: Major Grant, den ich zum Fürsten Kassai entandt hatte, ist von diesem zum aufgenommen worden. Mein Brief nebst den Geschenken wurde in entsprechender Weise in einer öffentlichen Audienz, bei welcher 2000 Personen, Häuptlinge und Volk, anwesend waren, in Empfang genommen. Eine Privatzusammenkunft konnte nicht stattfinden, da gewisse Zeremonien den Fürsten daran verhindern. Die Umgebung des Fürsten scheint freundliche Gefinnungen gegen uns zu hegen, und die Frauen von Abwa empfangen die Abgesandten bei deren Eintritt in die Stadt mit herzlichen Zurufen zu Ehren ihrer Ankunft. Keine Verwicklungen sind zu beorgen. (Dieses Telegramm, d. d. 6. Februar, blieb durch eine Unterbrechung der Telegraphenlinie so lange unterweg.)

### Amerika.

**New-York, 15. Febr.** Die veröffentlichte Korrespondenz zwischen Grant und Johnson ist neuerdings noch durch einige Aktenstücke vervollständigt worden. Am 10. Febr. schrieb der Präsident an Grant und beschuldigt ihn des Wortbruchs. Er habe versprochen, das Kriegsportfeuille nicht aus den Händen zu geben, bevor Stanton wirklich rehabilitirt sei. Als Belege werden Zeugnisse verschiedener Kabinet'smitglieder, des Staatssekretärs, des Finanz- und des Marineministers und des Ministers des Innern, sowie des General-Postdirektors beigefügt. Der Brief des Präsidenten ist gemäßigter gehalten und beschränkt sich auf die betreffenden Thatsachen. Der Marineminister und der Finanzsekretär bestätigen seine Behauptungen in einigen Zeilen. Der Generalpostmeister desgleichen, nur etwas ausführlicher. Brown, der Minister des Innern, berichtet breiter über die ganze Sitzung des Kabinet's und weicht in einigen unbedeutenden Punkten von Johnson's Darstellung ab. Seward schwimmt auf den Wellen seines bekannten weisheitsreichen Styles. In Betreff einer aus der Erörterung des Ministeriums angelegenen Bemerkung sagt er u. A.: „Ich gewann weder den Eindruck, daß General Grant diese Erklärungen in der vollen Ausdehnung, wie sie von Ihnen gegeben wurden, in Abrede stellte, noch daß er sie ausdrücklich gelten ließ. Seine Zustimmung war ziemlich indirekt und umständlich, indessen war sie nach meiner Auffassung keine ausweichende.“ Die Auslassungen des Ministers riefen im Repräsentantenhause, als sie verlesen wurden, nicht geringe Heiterkeit hervor, und besonders die hier angeführte Stelle wurde mit schallem Gelächter begrüßt. Grant beantwortete das Schreiben des Präsidenten Tags darauf. Seine Erwiderung richtet sich nach einem Protest, daß er von dem gegen ihn Vorgebrachten nichts einräumte, lediglich gegen die Anschulldigung der Subordination. Er erklärt den Befehl Johnson's, dem Kriegsminister nicht zu gehorchen, für zweideutig. Er habe denselben anders aufgefaßt, als der Präsident, und ohne Absicht, einem gesetzlichen Befehl des Letzteren ungehorsam zu sein, in Ermangelung einer genaueren Auslegung nach seiner eigenen Interpretation pflichtmäßig gehandelt.

Ueber Bestätigung oder Verwerfung des von Johnson zum Gesandten in Griechenland ernannten Hrn. Ch. Tuckerman ist im Senat noch nichts entschieden worden. Der Posten ist ganz neu und seine Errichtung ein Gegenkompliment an die griechische Regierung, die kürzlich erst einen Gesandten bei der Union akkreditirt hat.

In Washington ist eine Petition Francis Train's beim Präsidenten eingelaufen. Der Petent ersucht von Irland aus, man möge ihm zur Erlangung der 100,000 Pf. St. Schadenersatz für ungesetzliche Verhaftung und ungebührliche Festhaltung Seitens der britischen Regierung behilflich sein. Die Presse, die mit Hrn. Train nie viel Umstände gemacht, behandelt die Petition, wie sie es verdient. Der „Chicago Republican“ ist unter Anderm der Ansicht, es werde ein Glück für die Verein. Staaten sein, wenn Train nicht nach Amerika zurückkehren würde, bis man ihm die obige Summe bezahlt habe.

### Baden.

**Aus dem Kreis Bruch, 27. Febr.** Die am 18. d. M. stattgehabte Wahl eines Mitglieds des Zollparlaments für den III. Wahlkreis hat bekanntlich kein glütiges Resultat ergeben, da keiner der in Vorschlag gewesenen Kandidaten die absolute Mehrheit der Stimmen erhielt. In Folge dessen wird eine zweite engere Wahl notwendig, die auf den 5. März anberaumt ist. Auf Anregung des Wahlausschusses der Stadt Schopfheim wird am künftigen Sonntag den 1. März, Nachmittags 2 Uhr, im „Gasthaus zur Sonne“ daselbst eine größere Versammlung stattfinden, um sich über ein möglichst gemeinsames Vorgehen der Wähler besprechen zu können. Wie wir vernehmen, soll Hr. v. Roggenbach eine zu diesem Behuf an ihn gerichtete Einladung angenommen und sein Erscheinen in der gedachten Versammlung zugesichert haben.

**Konstanz, 27. Febr.** Die „Konstanz. Ztg.“ schreibt: „Wie uns telegraphisch mitgeteilt wird, hat der Hr. Fürst von Fürstenberg die Wahl definitiv abgelehnt.“

### Vermischte Nachrichten.

**Mannheim, 28. Febr.** (Mannh. Z.) Der Absatz der Loose zu den Verloosungen der hiesigen Frühjahrsverlosung ac. Märkte, nimmt guten Fortgang; es sind bereits über 28,000 Stück verkauft. — Dem Steinkohlengas ist eine neue und gar nicht ungehörliche Konkurrenz erwachsen; zu dem billigen Petroleumlicht kommt nun noch das mit Hirtel'schen Apparaten erzeugte Petroleumgas, welches dahier gestern zum ersten Male in den Wirtschaften von Ph. Bohrmann zum Redarthal und W. Lang zum Rothen Löwen brannte.

**Stuttgart, 27. Febr.** (Sch. M.) Der vielgenannte P. Fischer aus Merito, der gewesene Kabinet'schef des unglücklichen Kaisers Maximilian, ist gestern hier angekommen und im Hotel Marquardt abgestiegen. P. Fischer ist bekanntlich ein geborner Ludwigsburger.

**Frankfurt, 27. Febr.** Heute in der Mittagsstunde wurde im Sitzungssaal der Stadtverordneten durch Hrn. Regierungspräsident v. Dieß unser Oberbürgermeister Dr. Mumm feierlich verpflichtet und von diesem sodann der Magistrat beeidigt und in seine Funktionen eingeführt. In dem vorgeschprochenen Eid wird Treue und Gehorsam gegen den König, Beobachtung der auferlegten Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen, insbesondere bezüglich des Gemeinwohns der Stadt Frankfurt und Wahrung der Verfassung gelobt. Auch die zu Stadträthen ernannten beiden ehemaligen Senatoren Dr. v. Dven und Dr. Spely, welche die Annahme ihrer Wahl bekanntlich von der Erfüllung gewisser Bedingungen abhängig gemacht, leisteten den Eid ohne weiteren Vorbehalt. In seiner Ansprache an die Versammlung bezog sich Hr. Regierungspräsident v. Dieß auf § 44 des Gemeinde-Verfassungsgesetzes und wies auf die Wichtigkeit des Aktes hin, ein Akt, der freilich scheinbar nur der formelle Abschluß einer langen Reihe geschichtlicher Thatsachen sei, doch aber auch eine tiefe geistige und sittliche Bedeutung habe. „Daß wir Alle mit vereinten Kräften — schloß er — die Interessen dieser altherwürdigen schönen Stadt wahren und ihr zu neuem Emporblühen verhelfen unter dem Scepter des weisen, milden und mächtigen Königs Wilhelm I. — daß wolle Gott!“ Auch der neue Hr. Oberbürgermeister Dr. Mumm und der Vorsitzende der Stadtverordneten, Hr. v. Brentano, hielten Ansprachen, die sich jedoch nur in Formalien bewegten. — Dem Vernehmen nach soll in unserer Stadt eine neue Volkszählung vorgenommen werden, da bei der neulich, im Dezember v. J. große Irrthümer vorgekommen wären, die eine beträchtliche Verminderung der Einwohnerzahl ergaben. — Es verlautet, daß die große Zahl der hier erscheinenden Zeitungen um eine neue, ein halbmonatliches „Kreisblatt“, vermehrt werde. — Das Wagner'sche Telegraphenbureau hat in der Person des Hrn. Dr. Salomon von der Berliner Kommanditgesellschaft einen neuen Chef erhalten. Ob es seinen bisherigen Namen beibehalten wird, ist noch unbestimmt.

**Dresden, 26. Febr.** Eine Bekanntmachung der Regierung kündigt die hypothetischen Handdarlehen zur Rückzahlung am 30. Sept. d. J. unter Freistellung, dieselben gegen 4prozentige Staats-schuld-Kassenscheine zum Kurs von 93 nebst 1/2 Proz. Prämie einzutauschen, die Hand-Darlehen-scheine zu 101 1/2 gerechnet. Die Kursdifferenz wird baar gewährt. Der Umtausch ist vom 2. bis 21. März gestattet, wobei die am 31. März fälligen Zinsen für die Handdarlehen gezahlt werden. Die eingetauschten 4prozentigen Staats-Schuld-scheine erhalten ohne Stückzinsen Talon und Coupon auf den 1. Juli.

**Berlin, 24. Febr.** Großes Aufsehen macht eine neue Ball-geschichte. Die Unteroffiziere der Pester Garnison beabsichtigten einen Ball zu geben. Der Kommandirende, Fürst Liechtenstein, hatte anfänglich die Ertheilung der Erlaubnis bis zu seiner Rückkehr von einer dienstlichen Reise verschoben, in der Folge dieselbe ausdrücklich verweigert. Ueber die Motive zu der letztern Maßregel zirkuliren nur vage Vermuthungen. „Man vermuthet (so schreibt die „Presse“), daß schon die dienstliche Reise des Fürsten nach Wien, verbunden mit dem Versprechen, daß alle bis dahin für den Ball gemachten Auslagen vergütet werden sollen, den Zweck gehabt, den Ball unmöglich zu machen, und hebt hervor, daß die Reise plötzlich und eben damals erfolgte, als es rüchbar wurde, daß die Feldwebel und Wachtmeister, ohne früher die Bewilligung der vorgelegten Besörde eingeholt zu haben, die ungarischen Minister, Franz Deak, viele Zivilisten und sogar die Honveds zum Ball geladen hatten. Das offene Verbot des Balles, das durch einen Regimentbefehl kundgegeben wurde, hat unter den Unteroffizieren der Pester Garnison große Aufregung verursacht; ein uns zugehendes Telegramm will sogar von einer Veröffentlichung wissen, welche sie in dieser Angelegenheit vorbereiten und worin sie bekannt geben, daß ihnen bei sofortiger gerichtlicher Untersuchung verboten worden sei, öffentlich oder im Kreise der Kameraden von diesem Ball zu sprechen und daß die Subalternoffiziere zur Ueberwachung in dieser Beziehung aufgestellt seien.“

**Frankfurt, 28. Febr., 2 Uhr 46 Min. Nachmittags.** Deferr. Kreditaktien 191 1/2, Staatsbahn-Aktien 259 1/2, National —, Steuers-freie —, 1860r Loose 72 1/2, Deferr. Valuta — 4proz. bad. Loose —, Amerikaner 75 1/2 Gold —.

### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

27. Febr.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28° 1,07	+ 7,0	S.W.	ganz bew.	trüb, dunstig, kühl
Mittags 2 „	„ 0,03	+ 8,0	„	„	„
Nachts 9 „	27° 11,94	+ 4,5	„ stark	„	sternhell, frisch

Beantwortlicher Reaktor:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

